

Integration

IN HESSEN



© HMSI

Liebe Leserinnen und Leser,

am 28. Oktober 2018 haben die hessischen Wählerinnen und Wähler die bestehende Koalition aus CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bestätigt. Ich freue mich darüber, dass ich mich Ihnen heute als neuer Minister für Soziales und Integration vorstellen darf.

Ich werde künftig sämtliche Aufgaben dieses Ressorts verantworten, unter anderem Familie, Arbeit, Soziales, Gesundheit, Integrati-

on, Asylpolitik, Frauen und Antidiskriminierung.

Vor dieser Aufgabe habe ich großen Respekt. Vor allem aber freue ich mich auf die umfassenden Gestaltungsmöglichkeiten und hoffe auf Ihre kritisch-konstruktive Begleitung.

Ihr

Kai Klose Hessischer Minister für Soziales und Integration

Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Hessen

Anhaltende Zuwanderung

Seit 2010 ist eine starke Wanderungsbewegung aus dem Ausland nach Deutschland zu beobachten. Der Eindruck jedoch, dass überwiegend Geflüchtete in unser Land kommen, ist falsch: In Hessen waren die wichtigsten Zuwanderergruppen des Jahres 2017 EU-Bürger vor allem aus Rumänien, Bulgarien und Kroatien. Die meisten Aufenthaltserlaubnisse für Drittstaatler wurden aus familiären Gründen erteilt.

Migrationsbevölkerung

Die anhaltende Zuwanderung hat die Bevölkerung in Hessen verändert. Heute hat fast ein Drittel – etwa 1,9 Mio. Einwohner – einen sogenannten Migrationshintergrund. Dieser liegt vor, wenn jemand „selbst oder mindestens ein Elternteil die deutsche Staatsangehörigkeit nicht durch Geburt besitzt“. Dieser Anteil lag zu Beginn der hessischen Integrationsberichterstattung

2005 noch bei 24 Prozent und steigt somit schnell. Die größte Gruppe der Migrationsbevölkerung (etwa 41 Prozent) umfasst selbst aus dem Ausland zugewanderte Personen. Ein gutes Viertel (26 Prozent) hat die deutsche Staatsbürgerschaft, ist aber selbst zugewandert; dabei handelt es sich vornehmlich um Spätaussiedler und Eingebürgerte. Ein weiteres Viertel (25 Prozent) umfasst Deutsche, die hier geboren sind, von denen aber mindestens ein Elternteil zugewandert ist.

Schutzsuchende sind innerhalb der Migrationsbevölkerung eine relativ kleine Gruppe. Ihre Gesamtzahl lag 2017 bei gut 142.000 Personen.

Herkunftsregionen

Die Migrationsbevölkerung in Hessen hat ihre Wurzeln in rund 200 Nationen. Bei der Hälfte handelt es sich um Europäer: Ein gutes Drittel (36 Prozent) kommt aus EU-Ländern – vor allem Bul-

garien, Polen und Italien –, 14 Prozent aus anderen europäischen Staaten; hier ist das Hauptherkunftsland die Russische Föderation. 15 Prozent stammen aus der Türkei, jeweils um die 10 Prozent aus dem Nahen bzw. Mittleren Osten oder anderen asiatischen Ländern, weitere 7 Prozent aus Afrika.

Handlungsbedarf

Selbstverständlich haben nicht alle Personen mit Migrationshintergrund einen Bedarf an integrationspolitischen Maßnahmen. Doch das Ziel der Hessischen Landesregierung, dass dieser Teil der Bevölkerung gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben teilhaben kann, ist in bestimmten Bereichen nicht erreicht: Sprache, Bildung, Erwerbsleben sind zentrale Handlungsfelder, in denen die vorliegenden Daten zeigen, dass integrationspolitische Maßnahmen erforderlich sind. Dabei ist der Vielfalt der Zugewanderten und ihren Bedarfen Rechnung zu tragen.

im Dialog mit dem neuen Minister für Soziales und Integration

Kai Klose



©Karsten Socher

Redaktion:

Herr Minister, das Ministerium für Soziales und Integration bearbeitet eine große Bandbreite an Handlungsfeldern. Gibt es für Sie eine bestimmte Motivation für die Integrationspolitik?

Staatsminister Klose:

Der Fokus als Bevollmächtigter für Integration und Antidiskriminierung lag naturgemäß auf der Fortentwicklung und dem Ausbau der hessischen Integrationspolitik sowie gemeinsamen Anstrengungen zur Bekämpfung jeder Form von Diskriminierung. Wir wollen ein offenes, tolerantes und liberales Hessen bleiben. Deshalb bereichern Menschen anderer Herkunft, Kultur und Religion, Menschen, die anders aussehen oder z.B. anders lieben, unsere Gesellschaft. Jeder Mensch, der dauerhaft bei uns lebt, soll die gleichen Chancen auf Teilhabe an Gesellschaft haben. Diese Wertschätzung ist die Grundlage unseres friedlichen Zusammenlebens. Dies ist für mich als Sozialminister Handlungsmaxime.

Redaktion:

Der Koalitionsvertrag gibt dem Thema des Zusammenhalts in der Gesellschaft eine besondere Bedeutung. Sehen Sie hier auch die Integrationspolitik gefordert?

Staatsminister Klose:

Zusammenhalt ist der Schlüssel zum gesellschaftlichen Frieden. Er lebt von gegenseitigem Respekt, Wertschätzung und Akzeptanz anderen gegenüber. In Hessen leben heute Menschen aus rund 200 Nationen. Ihre Vielfalt ist eine Bereicherung. Sie alle sollen ihre Potenziale entfalten und ihre Chancen wahrnehmen können. Dabei ist jede und jeder Einzelne in Hessen gefragt, Verantwortung zu übernehmen. Wir

haben es gemeinsam in der Hand, wie wir miteinander umgehen und in welcher Gesellschaft wir leben wollen.

Redaktion:

Welche Vorhaben stehen konkret auf Ihrer Agenda?

Staatsminister Klose:

In allen Bereichen des gesellschaftlichen Zusammenlebens spielt Integration eine Rolle. Das Landesprogramm WIR ist ein wesentlicher Bestandteil hessischer Integrationspolitik. Das Programm werden wir ausbauen, um Strukturen vor Ort langfristig zu stärken. Wir werden die WIR-Koordinations- und Fallmanagerstellen zu Integrationszentren weiterentwickeln. Mit einem Integrationsgesetz wollen wir den bisherigen positiven Ansätzen der „Aktionspläne zur Integration von Flüchtlingen“ sowie dem umfassenden Integrationsplan einen institutionellen Rahmen geben.

Redaktion:

Wo werden Sie weitere Schwerpunkte setzen?

Staatsminister Klose:

Sprache ist ein entscheidender Baustein für erfolgreiche Integration. Sie ist Voraussetzung für die Teilhabe an Gesellschaft und baut Barrieren ab. Daher setzen wir uns auf Bundesebene für eine Öffnung der Deutschkurse für alle Migrantinnen und Migranten ein, unabhängig davon, wie lange sie schon hier sind oder wie lange sie voraussichtlich bei uns bleiben werden. Wir werden bei der Integration Geflüchteter unsere Anstrengungen mit entsprechenden Bildungsangeboten, Integrationskursen oder Rechtsstaatsklassen intensivieren.

Redaktion:

All dies lässt sich mit der Schaffung von gleichen Teilhabechancen verknüpfen. Geht die Landesregierung hier eigentlich als Vorbild voran?

Staatsminister Klose:

Unsere Gesellschaft wird immer vielfältiger. Dies muss sich auch in den staatlichen Institutionen und der Verwaltung widerspiegeln. Wir werden deshalb die interkulturelle Öffnung der Verwaltung weiter vorantreiben. Sei es z.B. mit der Erhöhung des Beschäftigtenanteils mit Migrationshintergrund oder durch die Aus- und Fortbildung der Beschäftigten in interkultureller Kompetenz.

Redaktion:

Wenn Sie über die Landesebene hinausdenken: Was wünschen Sie sich von den Bürgerinnen und Bürgern Hessens?

Staatsminister Klose:

Selbst in gefestigten Demokratien sind Populismus, Ausgrenzung und Hass zu beobachten. Ich wünsche mir deshalb Offenheit, gegenseitige Wertschätzung, Akzeptanz und ein respektvolles Miteinander aller Bürgerinnen und Bürger.

Redaktion: Gutes Gelingen, Herr Minister Klose!

YOU'LL NEVER WALK ALONE

Strategien gegen Antisemitismus

Aus erster Hand, kämpferisch und unverwechselbar authentisch erlebten die über 130 Gäste, was Antisemitismus mit Menschen macht, wie die Mechanismen funktionieren und welche Strategien dagegen wirken: Die Konferenz „You'll never walk alone“, die die Bildungsstätte Anne Frank im Februar in Frankfurt gemeinsam mit dem Hessischen Ministerium für Soziales und Integration in Kooperation mit dem TuS Makkabi ausrichtete, versammelte prominente Gäste, erreichte vor allem ein sehr junges Publikum und auch viele Medien.

Antisemitismus untergräbt wie andere Formen von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit den Zusammenhalt unserer immer vielfältigeren Gesellschaft. Deshalb hat das Ministerium schon im Jahr 2018 mit der Bildungsstätte einen Bündnispartner aus der Zivilgesellschaft gewonnen und mit ihr den Integrationsvertrag „Antisemitismus und Rassismus in der Migrationsgesellschaft bekämpfen“ abgeschlossen, um Prävention über Bildungsarbeit umzusetzen. So sollen auch Konzepte für Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit gegen Antisemitismus in Zusammenarbeit mit Muslimen entwickelt und mehrere Veranstaltungen organisiert werden.

Staatsminister Kai Klose eröffnete die Konferenz mit einer klaren Positionsbestimmung: „Die Bekämpfung von Antisemitismus ist für mich ein Anliegen von höchster Priorität!“. Übergriffe auf Jüdinnen und Juden seien keinesfalls zu

tolerieren, hier sei zielgerichtete Prävention gefragt. Angesichts immer wiederkehrender Vorfälle müssten wirkungsvolle Strategien angesetzt werden. Der intensive Austausch mit dem jüdischen Turn- und Sportverein Makkabi und dessen einschlägige Erfahrungen hätten ihn darin bestärkt. Denn Antisemitismus entwickle sich zu einem Alltagsphänomen. Die Wissenschaft weise seit Jahrzehnten antisemitische Einstellungen in der Bevölkerung nach, die zum Teil durch die Flüchtlingszuwanderung und auch durch politischen Populismus nun noch schärfer zu Tage träten. Klose sprach sich für eine unmissverständliche Haltung gegen jedwede Form von Ausgrenzung aus und hoffte, dass die Konferenz dazu beitragen werde, Antisemitismus zu erkennen und zu bekämpfen.

Dr. Meron Mendel als Direktor der Bildungsstätte und Alon Meyer in seiner Doppelfunktion als Präsident von Makkabi Deutschland und Vorsitzender des TuS Makkabi Frankfurt berichteten eindringlich darüber, wie nicht nur antisemitische Verunglimpfungen im Fußball, sondern z.B. auch Angriffe auf Kippa tragende Juden Sorgen und Ängste in der jüdischen Bevölkerung schürten. Moralische Appelle führten jedoch eher zu noch mehr Verhärtung von jüdenfeindlichen Einstellungen; persönliche Gespräche mit Mannschaften, Clubs und auch direkt mit Tätern seien hingegen am erfolgversprechendsten, um aufzuklären. Makkabi arbeite so unentwegt dafür, Engagement und Verantwortung für den Zusammenhalt und gegen Ausgrenzung zu mobilisieren.

Dass Deutschland mit solchen Negativbeispielen nicht allein stehe, zeigte danach Daniel Cohn-Bendit, früheres Mitglied des Europäischen Parlaments, zu Geschehnissen im gegenwärtigen



Kai Klose und Alon Meyer
© Bildungsstätte Anne Frank / Felix Schmitt

Frankreich auf. Er hielt fest, dass „es für Juden im Moment schwierig ist, in Frankreich zu leben“ und erläuterte dies anhand aktueller Beispiele. Er erlebe, dass dort kaum darauf reagiert werde, wenn „bisher nicht Sagbares hochploppt“, und warf die Frage auf, „wie die Gesellschaft zeigen kann, dass sie das zivilisatorisch nicht will?“.

Anschließend ging es mit dem Publikum in die vertiefte Diskussion dieser Fragen: In den Panels „Fanszene“, „Spielfeld“ und „Institution“ kamen Fanorganisationen, Vereins- und Verbandsvertreter, Schiedsrichter und auch Pädagogen zu Wort.

Den wortgewaltigen Schlusspunkt setzte das Gespräch mit Peter Fischer, Präsident von Eintracht Frankfurt. Er verstehe sich in erster Linie „als ein Mensch mit Haltung“. Im Sport träfen viele Nationalitäten aufeinander, deshalb fange die Eintracht schon bei ihren Jüngsten damit an, „Scheuklappen abzubauen“. Für Werte und Haltung einzustehen, entziehe „dem rechten Spektrum den Nährboden“. Gerade die Eintracht, in früheren Zeiten als „Judenverein“ begriffen, stehe für „verbinden, willkommen heißen, nicht ausschließen“. Vielfalt sei „Bestandteil der DNA“ der Eintracht, „ich liebe diese DNA und dafür kämpfen wir!“.



Peter Fischer © Bildungsstätte Anne Frank / Felix Schmitt

BEST-PRACTICE LEITFADEN **INTERKULTURELLE** **ÖFFNUNG** für die hessische Landesverwaltung

„Wie können Menschen mit Migrationshintergrund noch besser für eine Tätigkeit in der Landesverwaltung gewonnen werden? Wie unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für unsere vielfältige Gesellschaft weiterqualifizieren? Welche Strukturen können wir schaffen, um die interkulturelle Öffnung der Landesbehörden weiter voranzubringen?“

Diese und viele weitere Fragen behandelt der unter der Federführung des Hessischen Ministeriums für Soziales und Integration mit allen Ressorts erarbeitete Leitfaden, in dem er gute Beispiele aus der Landesverwaltung exemplarisch herausstellt. Denn die interkulturelle Öffnung der Landesverwaltung war und ist auch für die neue Landesregierung ein wichtiges Thema. So haben die Regierungsparteien auch im neuen Regierungsprogramm erklärt, ihre Aktivitäten fortsetzen und weiterentwickeln zu wollen. Dabei soll mit dem Prozess der interkulturellen Öffnung die Verwaltung an die vielfältige Gesellschaft angepasst werden.

Letztlich sollen alle Hessinnen und Hessen durch den Öffnungsprozess einen gleichberechtigten Zugang zu den Angeboten der Verwaltung erhalten. Nebenbei wird die Landesverwaltung als Arbeitgeber attraktiver, was aufgrund des demografischen Wandels und des steigenden Fachkräftebedarfs zunehmend wichtiger wird.

Der Leitfaden soll durch die vielen bereits umgesetzten Maßnahmen Inspirationsquelle sein und bei der Entwicklung passgenauer Maßnahmen in die einzelnen, sehr unterschiedlichen Bereiche der Landesverwaltung helfen. Der Leitfaden ist in Papierform sowie online unter www.integrationskompass.de verfügbar.



Wichtiges in Kürze ...

Befragung zur Vielfalt in der Hessischen Landesverwaltung:

Um das Ziel umzusetzen, die vielfältige Bevölkerung Hessens auch in der Landesverwaltung besser abzubilden, führte die Hessische Landesregierung vom 1. Oktober 2016 bis zum 30. September 2017 zum zweiten Mal eine Befragung unter allen neu in den Landesdienst eingestellten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter durch. Die Befragung sollte unter anderem Aufschluss darüber geben, wie viele der Neueingestellten einen Migrationshintergrund haben. Auf Grundlage der gewonnenen Erkenntnisse können neue passgenaue Maßnahmen konzipiert werden, um mehr Menschen mit Migrationshintergrund zu gewinnen. Der Bericht zu dieser Befragung liegt nun als Publikation vor und kann beim Hessischen Ministerium für Soziales und Integration bezogen werden (<https://integrationskompass.hessen.de/aktuellesmediathek/publikationen>).

Relaunch der Homepages "Integrationskompass" und "Löwen im Herz" erfolgreich umgesetzt!

Die Webseiten „Integrationskompass.hessen.de“ und „www.loewenimherz.de“ sind zum Januar 2019 auf ein neues Design und eine benutzerfreundlichere Oberfläche umgestellt worden. Im neuen Format erhalten Sie über den "Integrationskompass" Informationen rund um das Thema Integration in Hessen. Die Integrationsvorbilder von "Löwen im Herz" werden nun im modernen und hochwertigen Gewand präsentiert, auch die Videos sind spannend. Schauen Sie unbedingt vorbei! Wir freuen uns über Ihr Interesse!



Hessisches Ministerium
für Soziales und Integration

Herausgeber: Hessisches Ministerium für Soziales und Integration
Abteilung Integration
Sonnenberger Str. 2/2a · 65193 Wiesbaden
www.integrationskompass.de

V.i.S.d.P.: Alice Engel · Tel. 0611/3219 3408

Redaktion: Claudia Hackhausen · Tel. 0611/3219 3358
Simone Schmitt · Tel. 0611/3219 3349
E-Mail: integration@hsm.hessen.de

Druck: Schleunungdruck GmbH, 97828 Marktheidenfeld